STADT EMMERICH AM RHEIN

DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

zur 10. Sitzung
des Schulausschusses

am 06.10.2016

um 17:00 Uhr im Ratssaal

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
1.1		Feststellung des Bedarf für die Neugründung einer Realschule; hier: Anfragen von Vertretern der "Bürgerinitiative Freunde der Realschule"
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 06.09.2016
3	04 - 16 0878/2016	Feststellung des Bedarfs für den Erhalt der Städt. Hanse-Realschule Emmerich am Rhein; hier: Eingabe Nr. 28/2016 der Eheleute Marco und Sonja Kühnen und Detlef und Elisabeth Schneider
4		Mitteilungen und Anfragen
4.1		Unterbringung von Schülern im "IKEA-Bau"; hier: Anfrage von Mitglied Mölder
4.2		"Schule 2020"; hier: Anfrage von Mitglied Kulka
5		Einwohnerfragestunde
5.1		Feststellung des Bedarf für die Neugründung einer Realschule; hier: Anfragen von Vertretern der "Bürgerinitiative Freunde der Realschule"

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elisabeth Braun

Die Mitglieder

Frau Anja Allmacher
Frau Anni Armasow
Herr Gerd-Wilhelm Bartels
Frau Birgit Bißeling

Frau Sandra Bongers	
Frau Karin Heering	
Frau Irmgard Kulka	
Herr Hans-Guido Langer	für Mitglied Ulrich
Frau Marianne Lorenz	
Herr Manfred Mölder	für Mitglied Deller
Frau Andrea Schaffeld	
Frau Sultan Seyrek	
Herr Werner Stevens	
Frau Sigrid Weicht	
Frau Cornelia Wolters	

beratende Mitglieder / Schulvertreter

Frau Christiane Feldmann	
Inge Hieret-McKay	
Frau Anke Neubauer	für Birgit van Driel
Herr Hans-Jürgen Oimann	
Herr Jürgen Straetmans	

Von der Verwaltung

Herr Peter Hinze	Bürgermeister
Herr Arnfried Barfuß	
Frau Nadine Bremer	
Frau Linda Koenzen	
Herr Tim Terhorst	
Frau Birgit Beikirch-Boers	stelllv. Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Feststellung des Bedarf für die Neugründung einer Realschule; hier: Anfragen von Vertretern der "Bürgerinitiative Feunde der Realschule"

Der Vertreter der ´Bürgerinitiative Freunde der Realschule` Herr Hans-Joachim Büscher erklärt, er habe von der Bezirksregierung die Information erhalten, es sei – soweit ein Bedarf seitens der Bürger bestehe, unproblematisch, eine Realschule neben einer bestehenden oder auslaufenden Realschule neu zu gründen. Der vorliegende Ratsbeschluss, die Realschule auslaufen zu lassen, sei hierfür nicht bindend.
Die Tatsache, dass lt. Verwaltung 64 Kinder außerhalb Emmerichs beschult werden zeige aus Sicht der Schulpflegschaft/Bürgerinitiative einen deutlichen Bedarf nach einer Realschule. Die Bürgerinitiative sei der Ansicht, der Bürgerwunsch zur Neugründung einer Realschule, solle durch eine erneute Befragung der Bürger durch die Verwaltung überprüft werden.

Bürgermeister Hinze verweist auf den bereits in der Verwaltungsvorlage ausführlich dargestellten Sachstand und die negativen Auswirkungen, die durch Neugründung einer Realschule für die beiden bestehenden Schulen der Sekundarstufe 1 entstehen würden. Die Schulraumplanung für die im Aufbau befindliche Gesamtschule sei durch den Rat bereits beschlossen.

Laut Auskunft der Bezirksregierung sei für eine Neugründung einer Realschule ein neues umfangreiches Genehmigungsverfahren notwendig. Für die Verwaltung sei aufgrund der aktuellen Schulentwicklungsplanung jedoch absehbar, dass die erforderlichen Mindestgrößen der Schülerzahlen nicht dauerhaft erreicht würden, um 3 Schulsysteme nebeneinander aufrecht zu erhalten.

Frau Silke Peschel, ´Bürgerinitiative Freunde der Realschule` möchte von der Schulleiterin des Gymnasiums, Frau Hieret-McKay wissen, ob sie die Bedrohung für den Bestand des Gymnasiums sehe, falls die Gesamtschule nur 5-zügig neben einer 2-zügigen Realschule bestehe. Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung bittet der Bürgermeister darum, die Beantwortung dieser Frage auf die Einwohnerfragestunde am Ende dieser Sitzung zu verschieben.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 06.09.2016

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. Feststellung des Bedarfs für den Erhalt der Städt. Hanse-Realschule Emmerich am Rhein;
hier: Eingabe Nr. 28/2016 der Eheleute Marco und Sonja Kühnen und Detlef und Elisabeth Schneider
Vorlage: 04 - 16 0878/2016

Frau Bremer erläutert die Gründe der Verwaltung, dieser Eingabe nicht zu folgen. Einen Bedarf für eine erneute Änderung der Schullandschaft sei aus Sicht der Verwaltung nicht gegeben. Das Verfahren zum Auslaufen der Hanse-Realschule sei nach Auskunft der Bezirksregierung Düsseldorf nicht zu stoppen und stehe zum 31.07.2019 unwiderruflich fest.
Bei neu nachgewiesenem Bedarf müsse mit einem umfangreichen Genehmigungsverfahren eine neue Realschule gegründet werden.
Es seien die Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft in Emmerich zu beachten. Die Gesamtschule müsse dann 4-zügig neben einer 2-zügigen Realschule bestehen. Aus dem Schulentwicklungsplan sei erkennbar, dass eine weitere Schule in Sekundarstufe I dazu führe, dass in geburtenschwachen Jahrgängen die Mindestgröße für alle Schulen nicht zu erreichen sei. Folge sei dann die Zwangsauflösung einer Schule. Zur Erreichung der Mindestzügigkeit durch Real- oder Gesamtschule stehe als einziges schulorganisatorisches Mittel zur Verfügung, die Gesamtschule auf 3 Klassen zu begrenzen. Es sei bei 3 Schulen aus pädagogischer Sicht kaum möglich, das notwendige Differenzierungsprogramm anzubieten. Der Rat habe in der Sitzung vom 20.09.2016 die Umsetzung des Raumprogrammes für eine 61/2 Zügigkeit beschlossen. Die aktuelle Schulentwicklungsplanung zeige, dass Emmerich mit Gymnasium und Gesamtschule über ein ausreichendes Bildungsangebot verfüge, dass auch für die Zukunft alle Schulabschlüsse biete.

Mitglied Kulka verliest die Stellungnahme der CDU mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag.
Das Fehlen einer Halbtagsschule veranlasse die Eltern von derzeit 64 Kindern, ihre Kinder in Schulen in Rees oder Kleve anzumelden. Hier sei ein Elternwunsch erkennbar und aus Sicht der CDU der Bedarf zur Neugründung einer Realschule zu überprüfen.

Eine Realschule würde der Gesamtschule nur einen kleinen Teil der Schülerschaft und somit keine existenzbedrohende Zahl von Schülern nehmen. Das Gymnasium könne auch künftig mit drei Zügen ein ausreichendes Differenzierungsangebot anbieten. Die Gefahr, dass bei schwachen Jahrgängen die Mindestgrößen nicht mehr erreicht werden, „mit der Folge der nach sich ziehenden Zwangsauflösung“ einer Schule sei für die CDU-Fraktion selbst im schwachen Jahrgang 2020/21 nicht absehbar.
Die von der Verwaltung erwähnte Verzögerung der Umbauarbeiten an der Gesamtschule sei nicht erkennbar. Diese seien bis 2019 weitgehend abgeschlossen. Die Errichtung einer neuen Realschule sei evtl. am Grollschen Weg im sogen. IKEA-Bau möglich.
Mitglied Kulka betont die win-win-Situation durch Neugründung einer Realschule. Die Gesamtschule bekomme nicht mehr so viele Rückläufer vom Gymnasium, das Gymnasium nicht mehr so viele Anmeldungen ohne Gymnasialempfehlung. Die Realschule sei gesichert zweizügig. Die Stadt Emmerich habe dann ein attraktives Schulsystem mit Gymnasium und Gesamtschule in Ganztagsform und Realschule in Halbtagsform. Gewinn für Eltern und Schüler sei ein vielfältiges Schulangebot, bei dem die Kinder nicht zu Schulen in Nachbarstädten gehen müssen.
Zur Vorgehensweise, greife die Fraktion den Vorschlag der Verwaltung auf, noch die Entwicklung der Schülerzahlen des nächsten Jahres abzuwarten, um besser beurteilen zu können, wohin die Schülerströme fließen.

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag auf Vertagung. Die Eingabe soll im nächsten Jahr noch einmal beraten werden, um dann die notwendigen Verfahrensschritte für eine Neugründung einer Realschule in 2018 auf den Weg zu bringen.

Zu den 64 Emmericher Schülern, die nach in Rees zur Schule gehen, betont Bürgermeister Hinze ausdrücklich Grund dafür sei keinesfalls, ein schlechtes Schulangebot in Emmerich sondern z.B. für Einige der Wunsch nach einer Halbtagsschule sowie für Kinder aus Praest auch der kürzere Schulweg nach Rees.

Mitglied Schaffeld äußert ihre Verwunderung über die Vorgehensweise der CDU-Fraktion. Die Schulentwicklung sei in den letzten Jahren bereits umfangreich und ausführlich beraten worden. Politik und Verwaltung hätten sich vor Jahren nach dem Willen der Eltern gerichtet. Es sei nicht möglich, Jahr für Jahr neue Elternbefragungen durchführen. Schulplanung und auch Gebäudeplanung seien dann nicht mehr verantwortungsvoll zu verfolgen. Die SPD-Fraktion folge dem Vorschlag der CDU auf keinen Fall und sei ausdrücklich dagegen, die Beratung zu vertagen. Die genannte Zahl 64 von Schülern könne nicht Grundlage für neue schulpolitische Entscheidungen sein.

Mitglied Bartels schließt sich für die BGE den Ausführungen von Mitglied Schaffeld vollumfänglich an. Nachfragen der BGE bei der Bezirksregierung hätten genau die Informationen gebracht, wie die Verwaltung in der Vorlage benennt.

Mitglied Hieret-McKay greift die Frage der Bürgerinitiative während der Einwohnerfragestunde auf und erklärt: Sollte das Gymnasium gefährdet sein, dann durch aktiven Eingriff der Stadt durch Änderung der Zügigkeit, um Schülerströme umzulenken. Von Elternwille könne dann nicht gesprochen werden. Von der Bezirksregierung habe sie zu den Möglichkeiten, ein 4-zügiges Gymnasium in ein 3-zügiges Gymnasium zu verwandeln, die Information bekommen, dass diese Steuerungseingriffe i.d.R. nur dann erfolgen können, wenn 1.) eine Schule zu viele Anmeldungen bekommt und nicht mehr Schüler aufnehmen kann. 2.)

Die Regelung, die Ströme umzuleiten, damit andere Schulformen profitieren, sei ein neues ungewöhnliches Verfahren. Wenn die landesweit übliche Übergangsquote von ca. 40 % durch den Eingriff der Stadt beim Gymnasium unterschritten würde, biete die Stadt den hier wohnenden Kindern nicht die Chancengleichheit, die sie in anderen Städten hätten. Ein Eingriff dieser Art sei daher nicht unproblematisch.

Mitglied Straetmans nimmt rückblickend Stellung zum Ablauf der Elternbefragung in 2013. Als feststand, dass Realschule ausläuft, sei von vielen Eltern die Frage nach Möglichkeiten zum Fortbestehen der Realschule an die Schule gestellt worden. Er habe auf die Entscheidung aus der Politik verwiesen. Für Unmut bei den Eltern habe damals gesorgt, dass bei der Befragung die Möglichkeit gefehlt habe, sich eindeutig für die Realschule bzw. für ein 3-gliedriges Schulsystem entscheiden zu können. Dass das Ergebnis der Befragung dann als Elternwille umgesetzt wurde, sei für viele Eltern nicht in ihrem Sinne gewesen. Die Eltern hätten nur zwischen Gesamtschule und Sekundarschule wählen können, obwohl viele den Wunsch gehabt hätten, die Realschule zu erhalten. Er sehe hierin eine Erklärung für die Schulwanderung.

Vorsitzende Frau Braun stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abschließen.

Beschlussvorschlag
Der Rat beschließt der Eingabe Nr. 28/2016 nicht zu folgen.

Stimmen dafür 8 Stimmen dagegen 8 Enthaltungen 1

4. Mitteilungen und Anfragen

4.1. Unterbringung von Schülern im "IKEA-Bau"; hier: Anfrage von Mitglied Mölder

Mitglied Mölder bittet um Auskunft darüber, wann die die technische Ausstattung des 7. Schuljahres der Gesamtschule – untergebracht zurzeit im „IKEA-Bau“ der Realschule - den technischen Möglichkeiten im Brink-Gebäude entspreche. Der Rat habe unter der Bedingung einer Unterbringung der Schüler dort zugestimmt, dass bei der technischen Ausstattung der Schule keine Abstriche gemacht werden.
Bürgermeister Hinze erläutert hierzu, die Verwaltung sei mit der Medienausstattung der Schulen und mit der Erarbeitung eines Medienkonzeptes in Zusammenarbeit mit den Schulen beschäftigt. Mittel, um im „IKEA-Bau“ die technischen Voraussetzungen zu schaffen, seien für das nächste Jahr in den Haushalt eingestellt.

4.2. "Schule 2020"; hier: Anfrage von Mitglied Kulka

Zur Anfrage von Mitglied Kulka, ob es weiterführende Erkenntnisse zum Landesprogramm „Schule 2020“ gebe und was damit vorrangig gefördert werde, teilt Bürgermeister Hinze mit, es gebe noch keine weiteren Erkenntnisse. Nach jetzigem Kenntnisstand gehe die Verwaltung davon aus, dass die Mittel sowohl für Medienausstattung als auch für bauliche Maßnahmen verwendet werden können. Für die Stadt Emmerich seien 2,2 Mio. vorgesehen, die in Teilbeträgen über die nächsten 4 Jahre abzurufen seien.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Feststellung des Bedarf für die Neugründung einer Realschule; hier: Anfragen von Vertretern der "Bürgerinitiative Feunde der Realscule"

Herr Hans-Joachim Büscher von der ´Bürgerinitiative Freunde der Realschule` äußert seine Verwunderung über die Vorgehensweise der Verwaltung und der Politik. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum die Beratung nochmal im Schulausschuss geführt werde, wenn der Bürgerwille nicht mehr überprüft, sondern lediglich über den Verwaltungsvorschlag abgestimmt werde. Er fragt an, ab wann der Bürgerwille zahlenmäßig ausreichend sei, damit sich die Politik nochmal damit beschäftigt.

Bürgermeister Hinze weist darauf hin, dass im Gestaltungsprozess auf dem Weg in eine neue Schullandschaft bereits alles Notwendige getan wurde, um ein Meinungsbild abzufragen. Von den zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung befragten Eltern aus 3 Jahrgängen hätten sich damals 34 Eltern für die Realschule ausgesprochen.
Am 20.09.16 habe sich der Rat mit der Eingabe beschäftigt und diese zur Beratung an den Schulausschuss verwiesen. Die Verwaltung nehme in Form einer Vorlage, die die Auffassung der Verwaltung wiedergebe, dazu im Schulausschuss Stellung und die Politik entschließe dann im Rahmen ihrer Beratung, sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anzuschließen oder nicht. Dies sei der übliche Ablauf.

Zum Hinweis von Frau McKay zum Wechsel von Schülern nach Rees merkt Bürgermeister Hinze an, auch wenn Schüler evtl. nach Rees gehen, weil sie noch nicht wissen, wie sich die Gesamtschule hier entwickeln wird, sei er sicher, dass die Schule trotz widriger Umstände z.B. während der Bauphase etc. gute Arbeit leiste. Wie bereits durch Mitglied Schaffeld erläutert, sei es – auch wegen der Verantwortung gegenüber den schon früher befragten Eltern - nicht möglich, alle 3 Jahre ein neues Meinungsbild bei den Eltern abzufragen. Der Startpunkt in eine neue zukunftsfähige Schullandschaft sei bereits gewesen. Heute müsse so gestaltet werden, dass möglichst Sicherheit für langfristige wirtschaftliche Planung bestehe und dies für Schule und Eltern über Jahrzehnte gut funktionieren könne.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 17:45 Uhr.

46446 Emmerich am Rhein, den 18. November 2016

Elisabeth Braun
Vorsitzende

Birgit Beikirch-Boers
Stellv. Schriftführer/in